(Abend-Ausgabe.)

Berlin.
Mittwoch, 29. Juli.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr 20 Sgr, für ganz Preußen 2 Thlr 13½ Sgr; für das übrige Deutschland 2 Thlr 24½ Sgr.

National-Zeitung.

№ 348.
1857. — 10ter Jahrgang.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin b. Exped. Lindenstr. 3.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die Rastatter Besatzungsfrage. Aus Baden: Vertrag über die Rheinbrücke bei Kehl; Kirchliches; das Freiburger Jubiläum. Hamburg: die Rennen; Dampfschifffahrt.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Tagesbericht.
Belgien. Brüssel: Vermählungsfeier.
Frankreich. Paris: Tagesbericht.
Großbritannien. London: die indischen Verhältnisse; Protest Lehrn Rollin's.
Rußland und Polen. Petersburg: die Aufführung des Odessaer Freibaseus; aus Irkutsk. Helsingfors: Ankunft des Großfürsten Konstantin. Warschau: Begnadigungen; Gründung einer medizinischen Akademie.
Schweden und Norwegen. Stockholm: aus dem Reichstage. Christiania: Kreditbank.
Dänemark. Kopenhagen: die Staatsschuld; die deutsche Sprache in Dänemark.
Amerika. Newyorker Post; aus Westindien, Mexiko und Chili.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 29. Juli. Ueber die Rastatter Besatzungsfrage berichtet man von hier der „Hannov. Z.": Der Standpunkt der diesseitigen Regierung wird durch Artikel 13 der Wiener Schlußakte bestimmt, wonach organische Einrichtungen, bleibende Anstalten zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands, nur durch einstimmigen Beschluß sämmtlicher Bundesglieder geändert werden können. Man glaubt hier dieses der Bundesversammlung zugewiesene Recht vorzugsweise in Bezug auf die Bundesfestungen behaupten zu müssen, als dieselben das einzige gemeinsame Schutz- und Trutz-Eigenthum des Bundes sind. Ohne den Beschlüssen der Bundes-Militärkommission in Beurtheilung der Anträge Oesterreichs und Badens wegen einer Aufhebung und Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse der Besatzung vorzugreifen, ist man hier doch entschlossen, keine Aenderung dieser Zustände zuzulassen, welche auf einem anderen als dem bezeichneten Wege ins Leben treten sollte. Die „Frankfurter Postzeitung" sucht der Lösung des Rastatter Konfliktes durch ein Abkommen zwischen Oesterreich und Baden Geltung zu verschaffen, indem sie behauptet, daß über die Rastatter Besatzungsverhältnisse noch keine spezielle Vorschrift bestehe und daß die Bundesfestung sich in einem provisorischen Zustande befinde. Beide Angaben werden hier als irrthümlich bezeichnet, da der Bundesbeschluß vom 26. März 1846 feststellt, daß die Besatzung im Frieden durch Baden allein, im Kriege zu zwei Dritteln von Baden und zu einem Drittel von Oesterreich gestellt werden solle. Die Zusammensetzung der Besatzung ist also speziell und definitiv geregelt und es würde sich höchstens über die Beschlüsse streiten lassen, welche die Stärke der Besatzung betreffen. Dieser Punkt hat seine definitive Erledigung bisher nur vom militärisch-technischen Standpunkte gefunden, da die Beschlußnahme der Bundesversammlung über den 1848 von der Bundes-Militär-Kommission vorgelegten Entwurf des Festungs-Reglements durch die damaligen Zeitumstände verhindert wurde. Die Stärke der Besatzung wurde jedoch nach Maßgabe des Reglements im Frieden auf 2500 und im Kriege auf 5 bis 10,000 Mann festgestellt. Diese Einführung wurde im Jahre 1850 von der badischen Regierung genehmigt und 1853 von der Bundes-Militär-Kommission erneuert. Ihre Erhebung zu einem Bundesbeschluß wurde bisher durch die erwähnten Anträge Oesterreichs und Badens gehindert, da dieselben die Bundes-Militär-Kommission anhaltend beschäftigen, um in einer Vorlage zu gelangen, welche mit einer begründeten Aussicht auf die erforderliche Stimmeneinhelligkeit bei der Bundesversammlung eingebracht werden könnte.

---

* **Aus Baden**, 27. Juli. Die „Pfälzer Zeitung" vernimmt daß der Bau einer stehenden Rheinbrücke bei Kehl als gesichert zu betrachten und der betreffende Staatsvertrag zwischen Baden und Frankreich bereits abgeschlossen ist. Dasselbe wird auch mehreren anderen rheinischen Blättern gemeldet. Preußen hat seine Einwendungen fallen lassen, wogegen die interessirten süddeutschen Staaten, insbesondere Baiern, von ihrer Einsprache gegen den Kölner Brückenbau abgestanden sind. Hoffentlich wird man bei Kehl wenigstens einen stark befestigten Brückenkopf anlegen. Unter solchen Umständen werden wohl die kleinlichen Bedenken, welche sich hier und da gegen eine feste Ueberbrückung zwischen Ludwigshafen und Mannheim erheben, schwinden und einem regen Eifer für das Zustandekommen dieses Projektes Platz machen. — Die „Bad. Landesztg." entnimmt Folgendes: „In neuerer Zeit entfaltet der Protestantismus in unserem Lande ein sehr reges Streben in extensiver und territorialer Erweiterung seines kirchlichen Daseins und Lebens. So hat derselbe in der vormaligen, noch vor zwei Menschenaltern ausschließlich katholischen Markgrafschaft Baden-Baden und in der katholischen Ortenau schon eine ziemliche Anzahl Pfarrzien errichtet, oder aber sind solche gegenwärtig im Entstehen begriffen, wie z. B. Durmersheim, Rastatt, Ettlingen, Baden, Bühl, Achern, Oberkirch und Offenburg; desgleichen in den ehemaligen vorder-österreichischen Landestheilen auf dem Schwarzwald und am Bodensee, als: Billingen, Säckingen, Steckach, Salem, Ueberlingen, Constanz und Meersburg. Auch in den früher bischöflich speyerschen und kurmainzischen Gebieten beginnt die protestantische Kirche Fuß zu fassen und sich auszubreiten; so zu Langenbrücken und Tauberbischofsheim." — In Freiburg werden die Vorbereitungen zur Jubelfeier der Hochschule mit Eifer betrieben. Von der Gemeinde wurden ihrerseits für die Feier 2000 fl. ausgesetzt, welche in gemeinsamem Einverständnisse der Vertreter der Universität und Stadt nunmehr als besondere Stiftung zu „bleibenden" Zwecken bestimmt worden sind. Der Großherzog hat seinen Besuch bestimmt zugesichert.

= **Hamburg**, 28. Juli. Die Rennen auf dem Felde bei Horn waren durch das trefflichste Wetter begünstigt. Der Besuch von Seiten des Publikums war namentlich am Sonntage massenhaft; auch nahmen diesmal viele und darunter eine Anzahl ausgezeichneter Pferde am Rennen Theil. — Unsere Hamburg-Newyorker Dampfschifffahrtsverbindung verspricht große Erfolge. Denn es machen nicht blos die beiden bis jetzt in Fahrt befindlichen Schiffe „Borussia" und „Hammonia" in der Regel schnelle Reisen (13—15 Tage), sondern durch den Postvertrag mit Amerika wird es bald dahin kommen, daß die meisten Briefe aus dem Innern Deutschlands ihren Weg nach Newyork über Hamburg nehmen werden, da das Porto nur 6 Sch. beträgt. Bald werden auch 2 neue Schiffe derselben Gesellschaft „Austria" und „Saxonia", fertig werden und dann wird alle 14 Tage von hier Dampfschiffgelegenheit nach Newyork sein. — In voriger Nacht wurde nach mehreren vergeblichen Versuchen endlich das in Koblenz erbaute erste Alsterdampfschiff aus den Fleeten durch die Schleuse bei der Schleusenbrücke in die Binnenalster gebracht. Es führt den Namen „Helene" und ist zu regelmäßigen Fahrten auf der Binnen- und Außenalster bestimmt. — In voriger Woche starb hier in noch rüstigem Mannesalter ein namentlich durch seine anatomischen Kenntnisse bekannter Arzt, Dr. Leising; er war früher eine Zeit lang Prosektor an der Kieler Universität. In den letzten Jahren führte er einen besonders lebhaften Kampf gegen die Phrenologie.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 28. Juli. Der Kaiser ist gestern Vormittag 10 Uhr zur Eröffnung der Eisenbahnstrecke Laibach-Triest in letzterer Stadt eingetroffen und hat die Schlußsteinlegung vollzogen. Außer den österreichischen Ministern Baron Bach, Baron Bruck und Ritter v. Toggenburg wohnten auch der preußische Handelsminister Hr. v. d. Heydt und der sächsische Finanzminister Hr. v. Behr der Feier bei. Graf Buol ist in Wien zurückgeblieben, wie es heißt, wegen dringender diplomatischer Geschäfte in Folge neuerer Depeschen aus Jassy. — Die Post von Wien nach Salonich wurde am 15. v. M. zwischen Sofia und Seres beraubt. Es sind deshalb von Seiten der österreichischen Regierung energische Schritte geschehen wegen Bestrafung der Thäter und Säuberung der Poststraße, welche die österreichische Post durchzieht. Vorläufig indessen werden keine Werth-Sendungen auf dem Landwege aufgenommen und müssen sonach die Handlungshäuser dergleichen Sendungen über Triest nach Salonich abgehen lassen, wobei sich die Transportgebühren etwas höher stellen. — Die „Oesterr. Ztg." bestätigt heute die von der „D. A. Z." gebrachte Nachricht von der Sendschreiben des fürsterzbischöflichen geistlichen Diözesangerichts zu Olmütz, betreffend Uebertritte zur evangelischen Kirche (s. „Nat.-Ztg." Nr. 345). — Die hiesigen und auswärtigen Organe des Ultramontanismus wiederholen unaufhörlich die Behauptung, daß, wie in ganz Deutschland, auch in Wien die meisten Zeitungen sich in Händen von „Juden und Akatholiken" befinden. Nun hat jemand berechnet daß unter dreiundvierzig hier erscheinenden Zeitschriften nur vier, nämlich eine politische („die Morgenpost"), zwei medizinische und eine Modenzeitung jüdische, und fünf, worunter ebenfalls eine quasipolitische, „das Fremdenblatt", protestantische Redakteure haben. — Die „Gazetta di Verona" meldet, daß der Erzherzog General-Gouverneur des lombardisch-venetianischen Königreichs den politischen Flüchtlingen Giuseppe nobile Salvi, Filippo Brembilla, Giovanni Battista Trombini, Baleriana Terzaghi, Raimondo Pandini, Costantino Pulusella, Antonio Lovati, Giuseppe Castelli, Nicolo Malacarne und Pietro Cremonesini die trostlose Heimkehr bewilligt hat. — Der Oberlehrer an der Realschule zu Halle, Friedr. Körner, hat einen Ruf nach Pesth erhalten, um als Professor der deutschen Sprache und Geschichte in den Lehrkörper einer eben errichteten realistischen Akademie einzutreten. Bereits vor einigen Jahren eröffnete ihm das Kultusministerium zu Wien die Aussicht einer Berufung nach Oesterreich, und hat ihn bei der Bearbeitung der „geographischen Bilder aus Oesterreich" insofern unterstützt, als es Beamte in den verschiedenen Kronländern anwies, Körner auf Anfragen jede Auskunft zu geben. Das Konkordat hinderte seither seine Berufung, da aber die Akademie zu Pesth von konfessionellen Unterschieden absieht, überwiegend evangelisch und in ihrer Verfassung ziemlich unabhängig ist, so willigte das Ministerium in die Wahl, welche Körner der Verbreitung seiner Schrift in Pesth verdankt.

Belgien.

Brüssel, 26. Juli. Heute hat die Vermählung der Prinzessin Charlotte mit dem Erzherzog Ferdinand Maximilian stattgefunden. Um halb 11 Uhr nahm Herr v. Brouckere, der Bürgermeister von Brüssel, im blauen Saale des Palastes den Civilakt vor, wobei er eine Anrede an die Neuvermählten richtete. Es folgte hierauf die Trauung in der Kapelle des Palastes. Es waren dabei anwesend die Wittwe Ludwig Philipps, Prinz Albert, der regierende Herzog von Sachsen-Coburg, der Erzherzog und die Erzherzogin Ludwig, der Herzog August von Sachsen-Coburg und seine Gemahlin der Prinz Leiningen u. s. w. Abends fand Illumination statt.

Frankreich.

⚖ **Paris**, 27. Juli. Die Vermuthungen dürfen einigermaßen befremden, welche mehrfach an den Umstand geknüpft worden sind, daß die zuerst von der „Patrie" angekündigte Reise der Königin Viktoria nach Fontainebleau von Londoner Blättern in Abrede gestellt wird. Man hat darin ein Zeichen sehen wollen, daß die westliche Allianz gelockert ist und zum weiteren Beweise auf die Berichtigung des „Moniteur" bezüglich der Truppensendungen nach China verwiesen. Indessen beweisen diese Dementis schon deshalb gar nichts, weil sie sich in der That nicht auf geänderte Absichten, sondern nur auf durchaus unverbürgte Gerüchte beziehen, deren Grundlosigkeit von einem großen Theile der Presse schon früher behauptet wurde. Dagegen steht die Reise des Kaisers nach Osborne offiziell fest und dieser Besuch deutet denn doch wohl darauf hin, daß das Einvernehmen zwischen den beiden Höfen bis jetzt der russischen Allianz keine glänzenden Aussichten eröffnet. Man wolle wohl beachten, welche Blätter es sind, die mit so unermüdlicher Ausdauer alles hervorsuchen, was den Glauben an das Gelingen der russisch-französischen Allianz zu befestigen im Stande ist; hat man die Quelle und die Absichten dieser Gerüchte einmal erkannt, so wird man ihren Werth leicht ermessen können. — Es verlautet, daß Mexiko die ursprünglich von Spanien aufgestellten Bedingungen als Basis der englisch-französischen Vermittlungsunterhandlungen angenommen hat. Diese Bedingungen sind: die exemplarische Bestrafung der Urheber des an spanischen Unterthanen begangenen Mordes; pekuniäre Entschädigung für die an spanischem Eigenthum verübten Verheerungen; endlich, Ausführung des von Santa Anna abgeschlossenen Vertrages in Betreff der Reklamationen der beiderseitigen Unterthanen.

⚖⚖ **Paris**, 27. Juli. In der Angelegenheit der Donaufürstenthümer ist man endlich an einen Wendepunkt gelangt, wo man entweder von den bisherigen Plackereien, mit denen die Pforte behelligt wurde, zu ernsteren Schritten übergehen oder das Feld räumen muß. Entschließt man sich zur Anerkennung des in der Moldau gewählten Divans, so ist damit die Unionsfrage beseitigt; verlangt man seine Annullirung so muß man auf diesem Gebiete der Thatsachen dann auch die entsprechenden Mittel entfalten und über die Redensarten des Herrn Thouvenel hinausgehen. Da der englische und österreichische Gesandte mit der Pforte vollkommen einverstanden sind, und ausdrücklich erklärt haben, daß die Beschwerden gegen den Fürsten Bogorides zu wenig stichhaltig seien, um eine Aufhebung seiner Maßregeln zu rechtfertigen, so müßte man endlich das ganze bisherige System der Allianzen gründlich ändern, wenn man etwas erreichen will. Vor der Hand liegt nichts Neues in dieser Sache war, als folgende halboffizielle Mittheilung des „Pays." „Eine telegraphische Depesche kündigt an, daß gegen die am 19. in der Moldau Statt gehabten Wahlen von einer großen Anzahl der ausgezeichnetsten Personen (der Unionspartei) ein Protest erlassen worden ist." Man hält hier nicht für unwahrscheinlich, daß schließlich Hr. Thouvenel als Sündenbock der seltsamen Politik, welche in dieser Angelegenheit befolgt wurde, geopfert werden wird.

Aus den indischen Gewässern schreibt man dem „Pays": „Nach den verschiedenen Berichten sollen die zur Verstärkung der englisch-französischen Seemacht in China dahin abgesandten Schiffe am 1. August in Hongkong eintreffen, welches bekanntlich der Vereinigungspunkt der beiden Geschwader ist. Die französische Fregatte „Sibylle" unter dem Kommando des Hrn. v. Maisonneuve ist aus Bombay am 24. Mai auf der Reunions-Insel angekommen und hat diese am 7. Juni verlassen, um nach einer Reise von 5 Jahren wieder nach Frankreich zurückzukehren." — Der Bey von Tunis hat, wie gemeldet wird, der Familie des bei Oort ermordeten Juden eine bedeutende Entschädigungssumme zukommen lassen. In Folge des Andringens der Konsuln der europäischen Mächte, sollen energische Maßregeln getroffen sein, damit ähnliche Verbrechen sich nicht wiederholen. — Die „Gazette des Tribunaux" schickte vier ihrer Redakteure nach Oran, um den Verhandlungen des Prozesses beizuwohnen, in welchem der Kapitain des arabischen Bureaus Trinot eine Hauptrolle spielt, und in welchen auch General Montauban verwickelt sein soll. Es handelt sich um den seiner Zeit gemeldeten Ueberfall der Diligence und um Tödtung eines Agas und dessen Sohnes. — Das englische Geschwader unter Admiral Lyons ging am 24. von Toulon nach Algier ab. Die englischen Matrosen, sagt der „Toulonnais" bei diesem Anlasse, waren nicht immer von musterhafter Ruhe. Die Polizei mußte mehrere Male einschreiten und einigen das Innere der Wachtposten zeigen; doch schlugen und balgten die Briten sich stets unter einander, ohne die Franzosen irgendwie in ihre Händel zu verwickeln. — Der türkische General Ahmet Menekli Pascha, der während des orientalischen Krieges das ägyptische Kontingent kommandirte, ist in Marseille angekommen. Derselbe bringt seinen Sohn nach Paris, woselbst letzterer seine Studien machen soll. — Admiral Wrangel, russischer Marineminister, kam aus Havre und Cherbourg in Brest an. Der russische Admiral, welcher das strengste Inkognito bewahrt, ist von seinem Sohne begleitet.

Die hiesigen Blätter beschäftigen sich mit den verstärkten Repressivmaßregeln, welche der „Constitutionnel" den nichtpolitischen Journalen androht, um ihren persönlichen Angriffen und Verleumdungen ein Ende zu machen. Die „Debats" sind nicht damit einverstanden, daß das Erscheinen literarischer Blätter ähnlichen beengenden Bedingungen unterworfen werden solle, wie das der politischen Zeitungen. Man solle dieser Art von Literatur die möglichste Freiheit lassen und nur dafür sorgen, daß, wie in England, den Verleumder starker Schadenersatz treffe. Das „Siècle" ist der Ansicht, daß man die Maßregeln zur Verhütung der Verleumdung gar nicht von einem allgemeinen Preßgesetze trennen kann. Da die Polemik sich nicht mehr mit derselben Freiheit wie früher über die Regierungshandlungen auslassen könne, so haben gewisse Blätter ihren Lesern das Leben der Privatleute als Futter hingeworfen. Die Ausdehnung der Grenzen, welche die politische Diskussion einengen, würde unfehlbar die Wichtigkeit, welche die persönliche Kritik erlangt hat, vermindern. Man müsse auf der einen Seite mehr Freiheit geben, wenn man auf der anderen beschränken wolle. Indem der Gesetzgeber übrigens Verläumdung und Lüge mit strengen Strafen treffe, sollte er vermeiden, die Enthüllung tadelnswerther Thatsachen zu verhindern, deren Kenntniß für das Publikum von Wichtigkeit ist. — Der „Courrier de Paris", welchem die Erlaubniß zum Verkauf auf der Straße entzogen wurde, macht heute Abend 40 Buchhandlungen in den verschiedenen Theilen der Stadt bekannt, wo er Niederlagen errichtete; auch wird er Monats-Abonnements annehmen. Auch die „Gaßette", welche sich in ähnlicher Lage befindet, zeigt die errichteten 24 Niederlagen an.

Vom Kirchenzwist in Moulins war es lange so still, daß man an eine systematische Unterdrückung aller weiteren Mittheilungen über denselben glauben mußte. Jetzt erfährt man, daß derselbe zum Nachtheil des Bischofs entschieden wurde. Es ist Herrn v. Dreux-Brezé auf seine Vorstellungen in Rom die Weisung geworden, er habe sich mit den von ihm abgesetzten Pfarrern zu versöhnen und sie in ihre Stellen wieder einzusetzen. Dies ist nun bereits geschehen. Die an einem Sonntag nach Moulins zurückgekehrten Geistlichen wurden am Eingange der Stadt von dem Präfekten, dem Maire und sämmtlichen Behörden unter einem ungeheuren Zudrange des Volks aufs Feierlichste empfangen. Der Abbé Martinet dankte darauf in seiner Kirche in einer glühenden Rede der Stadt für die ihm und seinen Kollegen in dieser Sache bewiesenen eifrigen Theilnahme. — Die Frage wegen des Groß-Almoseneriates ist im Staatsrathe jetzt vollständig entschieden. Der Kardinal Morlot wird diesen Posten erhalten; unter ihm werden als Almoseniere des Heeres und der Flotte die Abbés Parabere und Coquereau stehen. Der Abbé Canino kommt vorläufig nicht in Betracht. Die „Patrie" bemerkt in Betreff des Erzbischofs von Paris, Mgr. Morlot, daß die Vereinigung beider Würden in Einer Person durchaus kein neuer Vorgang sei, da auch Herr v. Talleyrand (Alexander) und der Fürst von Croy zugleich Erzbischöfe von Paris und Groß-Almoseniere gewesen seien. Uebrigens sei dieses Amt jetzt nur eine Ehrenstelle, die einen Prälaten dem Hofe zugesellte, ihm jedoch nicht, wie früher, ein offizielles Recht zu direktem Einschreiten in Kultus-, Kriegs- und Marine-Angelegenheiten verleihe. Wie die „Patrie" ferner meldet, sind bereits Weisungen zum Ausbau der Basilika von St. Denis ertheilt worden. Dieselbe soll genau so hergestellt werden, wie sie im dreizehnten Jahrhundert war; die Thürme sollen vollendet, der Boden des Schiffes vertieft und ein besonderes Grabgewölbe für die Herrscher der napoleonischen Dynastie gebaut werden.

Der Kaiser wird, wie das „Pays" meldet, am 28. um 12 Uhr von Plombières abreisen und in Chalons übernachten, am folgenden Tage (Mittwoch) das Lager besichtigen und hierauf nach Paris zurückkehren, wo er um 6 Uhr Abends eintreffen wird, um sich sogleich nach St. Cloud zu begeben. — Zum Andenken an die Grundsteinlegung in Plombières wird eine Medaille geprägt, auf deren Rückseite die von Kaiser bei dieser Gelegenheit gesprochenen Worte geschrieben sind. — Zum Bau der Kirche in Plombières hat der Kaiser auf zwei Jahre einen monatlichen Beitrag